

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/9323 –**

Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China

A. Problem

Aufforderung, eine im Wesentlichen von Expertinnen und Experten besetzte Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China beim Deutschen Bundestag einzusetzen, um dem Parlament binnen Jahresfrist Handlungsoptionen zur Verbesserung der Sicherheit und Verlässlichkeit der Wertschöpfungsketten und Investitionen zwischen beiden Ländern aufzuzeigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9323 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/9323** wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. November 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für Inneres und Heimat zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU spricht sich dafür aus, unverzüglich eine „Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China“ einzusetzen. Die Kommission solle verschiedene Aspekte der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen untersuchen, konkret Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten in Wertschöpfungsketten, bei Exporten und Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland, hinsichtlich Risiken bereits getätigter und zukünftiger chinesischer Investitionen in kritische Infrastrukturen in Deutschland sowie potenzielle Maßnahmen zur Reduzierung problematischer Abhängigkeiten (De-Risking). Dabei solle die Kommission aufgrund einer rechtlichen, ökonomischen und politischen Prüfung diesbezüglich Handlungsoptionen möglichst im Konsens binnen Jahresfrist formulieren, die gegebenenfalls in förmliche Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden könnten.

Die Kommission solle aus 19 Mitgliedern – möglichst externen Expertinnen und Experten, im Einzelfall auch Abgeordneten – bestehen, wobei die Fraktion der SPD sechs Mitglieder, die Fraktion der CDU/CSU fünf Mitglieder, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drei Mitglieder, die Fraktion der FDP und AfD jeweils zwei Mitglieder und die Fraktion DIE LINKE ein Mitglied benennen. Ein einzurichtendes Sekretariat solle die Arbeit der Kommission unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9323 in seiner 65. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/9323 in seiner 77. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 68. Sitzung am 21. Februar 2024 beschlossen, zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/9323 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. An der in der 72. Sitzung am 10. April 2024 durchgeführten öffentlichen Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Julian Hinz	Direktor Handelspolitik, Kiel Institut für Weltwirtschaft
Dr. Mikko Huotari	Direktor, Mercator Institute for China Studies gGmbH (MERICS)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Dr. Cora Francisca Jungbluth	Senior Expert China and Asia-Pacific, Bertelsmann Stiftung
Thomas König	Leiter Referat China – Asien Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft (APA), Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
Dr. Tim Nicholas Rühlig	China Fellow, Generaldirektion Inspire, Debate, Engage and Accelerate Action (I.D.E.A.), Europäische Kommission
Friedolin Strack	Abteilungsleiter Internationale Märkte, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Die Stellungnahmen der Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 20(9)359 bis 361, 20(9)363 und 20(9)364 wurden veröffentlicht. Das Protokoll der öffentlichen Anhörung wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zudem ist die Ton- und Bildaufnahme der Sitzung in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar.

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/9323 in seiner 76. Sitzung am 15. Mai 2024 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob die positiven Rückmeldungen auf ihren Antrag in der hierzu durchgeführten öffentlichen Anhörung hervor. So habe der BDI-Vertreter ein intensiveres Engagement des Bundestages bezüglich des Umgangs mit Chinas und die Schaffung zusätzlichen fachlichen Know-hows begrüßt. Der für die DIHK tätige Sachverständige habe in der öffentlichen Anhörung wiederum deutlich gemacht, wie wichtig es sei, sich die strategischen Abhängigkeiten Deutschlands von China im Rohstoffbereich und bei Zwischenprodukten bewusst zu machen. Die Einsetzung der im Antrag geforderten Kommission würde zudem signalisieren, dass Deutschland, speziell auch der Deutsche Bundestag, einen klareren Umgang mit China anstrebte. Denn das tue die Bundesregierung nicht ausreichend, beispielsweise in der Umsetzung ihrer China-Strategie, was auch der MERICS-Vertreter in der öffentlichen Anhörung unterstrichen habe.

Die **Fraktion der SPD** zeigte sich zufrieden mit der öffentlichen Anhörung. Sie habe die Notwendigkeit offengelegt, sich auch im Wirtschaftsausschuss eine gewisse „China-Kompetenz“ zu erarbeiten, indem man sich intensiver mit den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen befasse und diese stetig überprüfe. Das könne aber auch im Ausschuss selbst erfolgen, ohne dass hierfür ein neues Gremium gebildet werden müsse. Insgesamt sei zu begrüßen, dass der Bundeskanzler in den Beziehungen zu China auf Austausch statt auf Konfrontation setze, wie etwa dessen Besuch in Peking vor wenigen Wochen zeige.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, dass die öffentliche Anhörung gezeigt habe, dass Deutschland durchaus selbstbewusst gegenüber China auftreten könne, weil das Land ebenfalls Abhängigkeiten gegenüber Europa aufweise. Es müsse sich intensiv mit den deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen auseinandergesetzt werden, allerdings sei die vorgeschlagene Kommission dafür nicht das richtige Gremium. Vorzugsweise sei, derartige Themen in einem Unterausschuss für Handelsfragen zu erörtern, dessen Einrichtung die Fraktion seit längerem fordere.

Die **Fraktion der FDP** lehnte die Einsetzung der im Antrag der geforderten Kommission ab. Eine solche würde mit einem unklaren Auftrag arbeiten sowie durch das gesonderte Sekretariat zusätzliche personelle Ressourcen verbrauchen. Es gebe genug Möglichkeiten, die erforderlichen Debatten in den bestehenden Gremien anzustoßen. Hätten sich die Fraktionen am Anfang der Legislaturperiode auf die Einsetzung eines Unterausschusses für Handelsfragen einigen können, wäre dies zudem ein geeigneter Ort gewesen.

Die **Fraktion der AfD** bedankte sich für die Initiative der Unionsfraktion, die man unterstütze. Es genüge nicht, das handelspolitische Verhältnis mit China unregelmäßig in kurzen Fraktionsrunden im Wirtschaftsausschuss zu behandeln. Es wäre gut, die Thematik intensiver in den Blick zu nehmen, wozu die vorgeschlagene Kommission, aber auch ein Unterausschuss für Handelsfragen geeignet seien. Die Fraktion sehe mit Sorge, dass sich die chinesische Wirtschaftspolitik zunehmend zum Nachteil Deutschlands entwickle. Ebenfalls bedenklich seien chinesische Versuche, kritische Infrastruktur in und Hochtechnologie aus Deutschland zu übernehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Gruppe Die Linke** gab zu bedenken, dass nicht nur China, sondern auch andere Länder stärker in den Blick genommen werden müssten. Gleichzeitig positioniere sie sich nicht gegen den Vorstoß, die Untersuchungen von kritischen Handelsbeziehungen fachbezogen in einer zeitlich begrenzten Fachkommission zu bündeln. Daher enthalte sie sich bei der Abstimmung.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz** verwies darauf, dass die Einrichtung einer parlamentarischen Kommission, wie im Antrag gefordert, ein intraparlamentarischer Prozess sei. Es sei notwendig, die chinesischen Aktivitäten genau zu beobachten. Regierungsseitig sei dafür eine Staatssekretärsrunde etabliert worden, in der eine monatliche Ressortkoordinierung zur China-Politik der Bundesregierung auf Basis ihrer China-Strategie stattfinde.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9323.

Berlin, den 15. Mai 2024

Bernd Westphal
Berichtersteller

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.